früher von einem Regierungspräsidenten und ein paar tüchtigen Regierungsdirektoren gut und billig verwaltet wurde."

Eine starke Oppositionsbewegung gegen die Finanzvorlagen kommt nicht zuletzt aus dem Erdgeschoß des westdeutschen Staatsgebäudes, aus den Gemeinden. Der Deutsche Städtetag erinnerte die Steuerzentralisten der Länder daran, daß auch die Gemeinden vor dem Kriege durch festgelegte Anteile an den großen Steuern direkt Zugang zu den Ergebnissen der Konjunktur hatten. Unabhängig von dem örtlichen Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, sind sie heute, außer zweckgebundenen, von allgemeinen Finanzzuweisungen der Länder abhängig gemacht worden, die unverändert bei rund 700 Millionen Mark jährlich liegen. Darüber hinaus bleiben ihnen hauptsächlich die Erlöse aus den Gemeindesteuern (siehe Graphik), die ebenfalls im ganzen Bundesgebiet völlig unterschiedlich erhoben werden.

Um endlich Anschluß an die Wirtschaftskonjunktur zu gewinnen, fordern die Gemeinden heute den durchlaufenden Steuerverbund von Bund, Ländern und Gemeinden. Auch sie haben für den hartumkämpften Artikel 106 einen neuen Absatz ausgearbeitet, der lauten soll:

- Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind insgesamt mit einem Hundertsatz am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern ihres Landes entsprechend ihren Aufgaben zu beteiligen.

Von der Anerkennung der Gemeinden als drittem Partner der öffentlichen Finanzwirtschaft steht in Fritz Schäffers Großer Reform ebenso wenig wie über die zentrale Bundesfinanzverwaltung, die ein Kernstück der in Angriff genommenen Reformmaßnahmen darstellen müßte. Auch Schäffers Quotenkampf mit den Ländern kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Gesetzesvorbereitung der Abgeordnete Schäffer aus dem bayerischen Wahlkreis Passau den Bonner Finanzminister an die Wand gedrückt hat. Die Reform ist ein unzureichendes Kompromiß.

Sie führt sogar, wenn man die Anteile zwischen Bund und Ländern langfristig auf 60 und 40 Prozent festlegt und wenn auch die 2,5prozentige Ergänzungsabgabe Gesetz wird, weiter von der angestrebten Bundesfinanzverwaltung weg. Denn dann fällt der bisherige Antrieb zu zentralen Lösungen, den selbst der Föderalist Schäffer bisher bei der alljährlichen Kraftprobe mit den Ländern verspürte, endgültig fort.

Fritz Schäffer aus Passau hat damit die finanzpolitische Weiche auch für die Zukunft auf den föderalistischen Kurs gestellt. Sein CSU-Kollege Hermann Höcherl war es, der vergangene Woche, ehe der Bundestag die Gesetzentwürfe an die zuständigen Ausschüsse verwies, für seine Partei die Erklärung abgab, selbst wenn der Föderalismus teurer sei, müsse man zu ihm stehen.

Wie eine Reihe anderer unabhängiger Gutachter zog auch Professor Schmölders schon jetzt ein resignierendes Fazit aus der Lage: „Bedenken Sie, man hat nach der Wahl vier Jahre Zeit, besitzt die verfassungsändernde Mehrheit im Parlament und hat zehn Milliarden in den öffentlichen Kassen. Glauben Sie, daß eine solche Gelegenheit noch einmal wiederkommt? Ich nicht. Wir haben eine große Chance verpaßt."

BLUTALKOHOL

Versuche unerwünscht

Der amtliche Bonner Blutalkohol-Test, dessen erstaunliche Ergebnisse mit Differenzen bis zu 0,4 pro Mille bei 70 Blutuntersuchungen den Glauben an die Beweiskraft der Blutproben-Arithmetik bei betrunkenen Autofahrern unsanft erschütterten (SPIEGEL 6/1954), hat offensichtlich wie ein Schock gewirkt.

Einige gerichtsmedizinische Institute wollen sich jedenfalls „mit Rücksicht auf die Indiskretionen ..., die sogar von behördlichen Stellen der Presse gegenüber geleistet worden sind" (so drückt sich das Institut für gerichtliche Medizin in Düssel-



Steuer-Gutachten: **Professor Schmölders**
Die Chance ist verpaßt

dorf aus), auf Überprüfungen zu Vergleichszwecken nicht mehr einlassen.

So ist es zu erklären, daß ein neuer amtlicher Versuch, die Zuverlässigkeit der Blutalkohol-Untersuchung zu prüfen, nicht nur bei dem Düsseldorfer Institut, sondern auch bei den Universitäten Bonn und Kiel nur geringes Interesse gefunden hat.

Je eineinviertel Liter Dortmunder Hansa-Bier und zwölfeinhalb 40prozentige Steinhäger, das war die Menge Stoffs, die drei Braunschweiger Kriminalbeamten in knapp zweieinhalb Stunden eingeflößt wurde. Die drei hatten sich als Versuchspersonen für eben jenen neuen Test zur Verfügung gestellt, der diesmal von einer Gruppe Braunschweiger Juristen unternommen wurde.

Die den drei trinkfesten Kriminalisten entnommenen Blutproben gingen dann, von der Landeskriminalpolizei-Stelle Braunschweig mit dem amtlichen Formular für Alkoholuntersuchung versehen, an die gerichtsmedizinischen Institute in Göttingen, Bonn, Düsseldorf, Heidelberg, Hildesheim, Kiel, Münster und München. Mit unterschiedlichen Ergebnissen.

„Die Praxis befriedigend", urteilt das Protokoll der Braunschweiger Versuchsgruppe über die Arbeit des Göttinger Instituts, das bei fünf Untersuchungen ein und derselben Blutprobe vier verschiedene Alkoholwerte feststellte, die jedoch nur um 0,08 pro Mille differierten.

„Dieses Ergebnis vermag nicht zu befriedigen", heißt es dagegen im Braunschweiger Protokoll über den zweiten Versuch, dessen Alkoholwerte bei drei Untersuchungen derselben Blutprobe eine Differenz von 0,4 pro Mille hatten.

Interessanter aber noch als die Zahlen der Braunschweiger Versuchsreihe, die den Bonner Test einigermaßen bestätigen, sind die Antworten jener Institute, die kurzerhand jede Einlassung überhaupt verweigert haben.

Das Institut für gerichtliche Medizin der Universität Bonn machte es ganz kurz: „Wir senden Ihnen die Blutprobe zurück und bitten Sie, diese an das zuständige ... Institut zu übersenden."

Konstatiert das Braunschweiger Protokoll: „Es scheint untragbar, daß sich Bonn auf örtliche Unzuständigkeit beruft, da zum Beispiel einem Beschuldigten das Recht zusteht, eine Untersuchung durch mehrere Institute zu verlangen. Durch eine Zurücksendung der Blutprobe wird das Untersuchungsergebnis gefährdet."

Das Institut für gerichtliche und soziale Medizin der Universität Kiel antwortete so: „... wird mitgeteilt, daß die Blutuntersuchung durchgeführt ist und daß das Ergebnis auf Anforderung eines Gerichtes nach Kenntnis aller Umstände, die zur Entnahme führten, mitgeteilt werden wird."

Tadeln die Braunschweiger Juristen: „Die Stellungnahme des Instituts Kiel verkennt die in der Strafprozeßordnung geregelten Aufgaben der Strafverfolgungsbehörden."

Das Institut für gerichtliche Medizin (Medizinische Akademie — Städtische Krankenanstalten) in Düsseldorf schrieb: „... Ich muß mich darüber wundern, weil ich bisher nicht die Ehre hatte, für die dortige Behörde tätig zu sein. Es besteht daher die Vermutung, daß es sich wieder einmal um einen sogenannten Alkoholversuch handelt.

„Das hiesige Institut arbeitet ... mit so hervorragender Genauigkeit, daß ich kein Interesse daran habe, dies noch an irgendeiner Stelle zu beweisen. Ich bin selbstverständlich grundsätzlich bereit, für jede uns örtlich ferner liegende Stelle Blutalkohol-Untersuchungen vorzunehmen, kann mich aber in oben genannter Sache nur zur Bekanntgabe des hier erzielten Untersuchungsergebnisses bereit erklären, wenn mir versichert wird, daß es sich tatsächlich um eine Einzeluntersuchung und nicht etwa um einen sogenannten Alkoholversuch handelt."

Das Braunschweiger Protokoll vermerkt dazu: „Es ist der Praxis nicht damit gedient, wenn ein ... wissenschaftliches Institut, wie das Düsseldorfer, sich einer Überprüfung seiner Methoden entzieht.

DESERTEURE

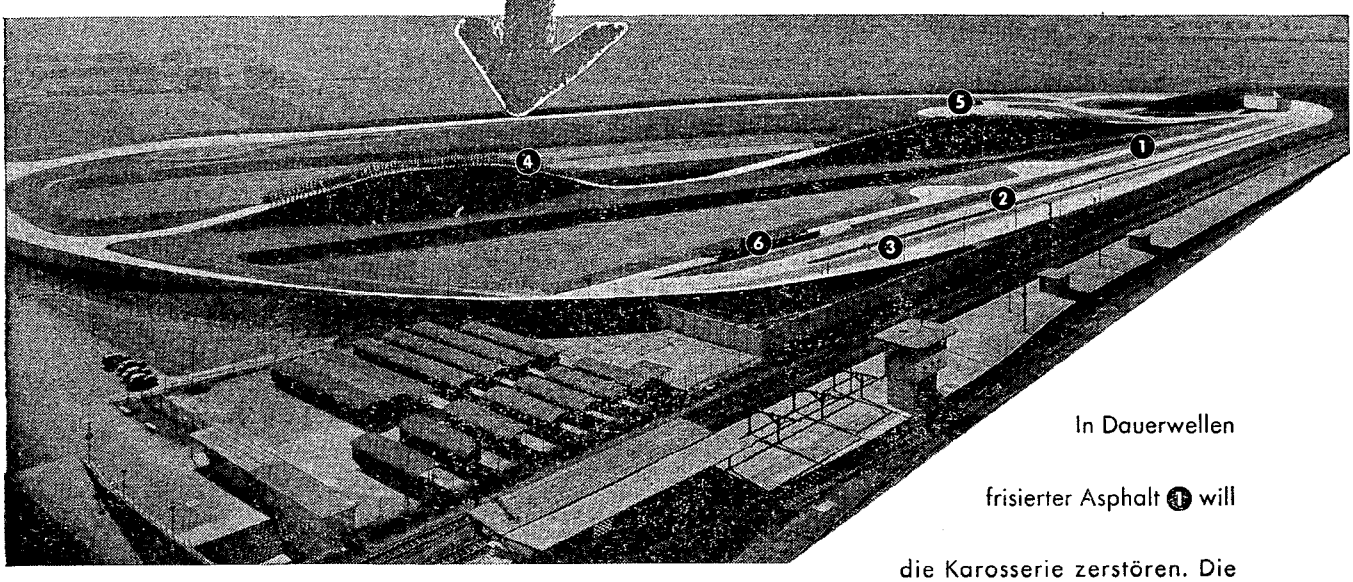
Verdammt in alle Ewigkeit

Zu acht Jahren Kerker verurteilte das US-Bezirksgericht in Westberlin-Lichterfelde den 28jährigen Korea-Kriegsteilnehmer Robert D. Blevens, weil er sich nach einer Prügelei drei Monate lang von der Truppe entfernt hatte.

Fallschirmjäger Blevens hatte nicht bei Seoul die Frontlinie gewechselt, sondern am 53. Breitengrad — in Berlin. Er lief in Begleitung einer brünetten Schönheit, der Bardame Ingrid Jonek, durch das Brandenburger Tor in den Sowjetsektor über. Manche Nacht hatte der schwerblütige

Im großen Gang durchs *Fegefeuer*

Der Europa-Rekord eines neuen Modells – 100000 Wagen der REKORD-Familie in einem Jahr. Das steckt dahinter: Immer wieder werden Wagen aus der laufenden OPEL-Produktion genommen und durchs Fegefeuer des OPEL-Prüffeldes gehetzt.



In Dauerwellen frisierter Asphalt ❶ will die Karosserie zerstören. Die Höckerstraße ❷ trommelt Sturmangriff auf Räder, Federn, Achsen. Naß-verschmierter Blaubasalt ❸ wartet aufs Ausbrechen. 30prozentige Steilstreckenberge ❹ schreien nach Getriebesalat. Auf der Schleuderfläche ❺ zerrt die Fliehkraft; das Wasserloch ❻ will ersäufen. – 1904 verlieh die Automobilwelt OPEL den Ehrentitel „König der Zuverlässigkeit". 1954 beweisen die Marterstrecken des OPEL-Prüffeldes: Weder KAPITÄN noch REKORD, weder CARAVAN noch LIEFERWAGEN haben den Beinamen „der Zuverlässige" geschenkt bekommen – sie haben ihn ehrlich erworben. OPEL prüft für alle – prüfen Sie durch eine Probefahrt.

OPEL
der Zuverlässige

ADAM OPEL AG. RÜSSELSHEIM AM MAIN

GI aus Omaha (Nebraska) bei der schönen Ingrid in der Westberliner Charlott-Bar verbracht. Er schlich sich auch zu ihr, wenn er keinen Urlaubsschein hatte.

Als ihn eine MP-Streife stellte, stieß er den Militärpolizisten die Faust ins Gesicht. Mit zerrissener Uniform und verletzt von der Prügelei schleppte er sich zu Ingrid Jonek nach Reinickendorf. Er könne — verdammt in alle Ewigkeit — nicht mehr zur Truppe zurück. Ein Jahr Militärgefängnis sei ihm sicher.

Da überlegte die Jonek nicht lange, sondern dirigierte ihren Freund dahin, wo



Der Weg zum Deserteurs-Asyl . . .
Ohne Urlaub in der Bar: **GI Blevens**

bereits an die 100 westalliierte Deserteure untergeschlüpft sind. Ingrid Jonek hatte über eine Kollegin erfahren, wo dieses Asyl für müde Westkrieger liegt und wie man dorthin gelangt.

Dieser oftmals letzte Ausweg führt stets über das HO-Restaurant „Bärenschänke" am U-Bahnhof Oranienburger Tor in der Ostberliner Friedrichstraße. Dort findet sich dann auf Anruf bei der Fernsprechnummer 59 53 82 der 42jährige ehemalige Rot-Spanien-Kämpfer Heinz Jordan ein. Er arbeitete vor der Spaltung des Berliner Magistrats bei der Berliner Kriminalpolizei, heute ist er Spezialist für West-Deserteure.

Zusammen mit seinem Vorgesetzten Heinz Krüger (Deckname „Fiete") nahm SSD-Jordan auch den „neuen Friedensfreund" Robert D. Blevens und dessen Begleiterin in Empfang, um sie später im vornehmen Intourist-Hotel „Adria" einzuquartieren.

Dort bekommt jeder Überläufer erst einmal einen Zivilanzug; dafür muß er seine Uniformstücke und Militär-Ausweise abgeben. Dann bemühen sich zwei Kameraden der Sowjetarmee um ihn. Einer von ihnen ist jedesmal der Dolmetscher Alexander Belarina, von dem die Ami-Braut Ingrid Jonek behauptet, daß er sie in einem verschlossenen Zimmer aufs Bett geworfen habe.

Die Sowjets bringen den Überläufer mit einem SIS-Dienstwagen, dessen blaue Kunstseidenvorhänge dicht zugezogen sind, in die Brandenburger Vorstadt von Potsdam. Dort liegt an der Zeppelinstraße eine Villa, in der die desertierten Soldaten vier bis sechs Wochen lang überprüft werden. Ein freundlicher älterer Sowjet-Oberst, der sich nie mit seinem Namen vorstellt, aber auch keinen Decknamen führt, nimmt sich jedes Fahnenflüchtigen individuell an.

Jeder Neuankömmling wird von ihm zu einem Begrüßungsschmaus eingeladen. Der Oberst läßt sich die Fluchtgründe nennen und stellt über seinen Dolmetscher auch Fragen nach militärischen Dingen. Westalliierten Offizieren wird gelegentlich empfohlen, wieder zur Truppe zurückzukehren und dort — nach Strafverbüßung — für den sowjetischen Spionage-Apparat zu arbeiten.

Zur Erhöhung des propagandistischen Effekts muß jeder Deserteur einen Bericht schreiben, in dem er seine Flucht mit politischen Argumenten motiviert. Typisch dafür ist eine in der sowjetzonalen „Täglichen Rundschau" veröffentlichte Erklärung zweier holländischer Soldaten, die sich während eines Manövers nach Osten absetzten. In ihrer handschriftlichen Rechtfertigung heißt es:

Wir, Robert Willeminus Louwman, Erkennungsnummer 320 119 228, und Robert Wanrooy, Erkennungsnummer 320 302 412, ehemalige Soldaten der holländischen Armee, sind aus freiem Entschluß in die DDR übergetreten. Der Grund unseres Übertritts ist, daß wir mit dem, was gegenwärtig in Holland vor sich geht, nicht einverstanden sind. Wir haben an uns selbst zum Beispiel die „amerikanische Lebensweise" kennengelernt, die einen verderblichen Einfluß auf die nationalen Einrichtungen ausübt, auf die unser Volk immer so stolz war.

Die zehn Zimmer der Potsdamer Vorstadtvilla sind meistens vollbelegt. Um das einstöckige Gebäude patrouilliert Tag und Nacht eine Drei-Mann-Streife, außerdem pendelt noch ein bewaffneter Wachtposten auf den Gängen der Villa. Die fahnenflüchtigen Gäste dürfen ihr Quartier nur einzeln zu einem einstündigen Spaziergang durch den umliegenden Park verlassen. Sie dürfen lesen, rauchen, Radio hören, aber jede Unterhaltung untereinander ist vorläufig verboten. Nach Beendigung der Überprüfung werden die Deserteure nach Dresden gefahren. Auf dieser Fahrt begleiten sie der freundliche Sowjet-Oberst und eine SSD-Funktionärin, die sich mit „Inge" anreden läßt.

Inge macht Quartier im Dresdner HO-Waldparkhotel an der Prellerstraße und besorgt für jeden neuen Kostgänger der DDR bei der Bezirksverwaltung eine Aufenthaltsgenehmigung, Lebensmittelkarten und 200 Mark Überbrückungsgelder. Dazu spendet der Sowjet-Oberst noch für jeden 1300 Mark (aus Besatzungsmitteln) als Honorar für diverse Propaganda-Ausarbeitungen, die meistens auf Verlangen des Obersten noch frisiert werden müssen, damit sie auch für die „Prawda" und „Iswestija" druckreif sind.

Nach dieser halben Einbürgerung erreichen die Überläufer endlich die Endstation ihres abenteuerlichen Kalvarienweges: die Deserteur-Kolonie in Bautzen. Hier, im entlegensten Zipfel der Sowjetzone, leben nach Rückkehrer-Aussagen etwa 100 abgerüstete Soldaten westlicher Provenienz; davon sind 20 als Dauergäste im HO-Hotel Stadt Bautzen, Steinstraße 15, untergebracht*.

Die Ausländer dürfen Bautzen nicht verlassen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung ist auf die Stadt beschränkt. Nur die politischen Aktivisten, die nach Absolvierung eines Sprachkurses als „bekehrte Friedensfreunde" auf SED- und FDJ-Veranstaltungen herumgereicht werden, dürfen die Staatsbürgerschaft der DDR beantragen.

Die meisten Deserteure halten sich jedoch von politischen Aufträgen fern. Eine Ausnahme bildet ein Team britischer Überläufer, die mit dem 1950 in die Sowjetzone geflüchteten ehemaligen Reuter-Korrespondenten John Peet Verbindung aufgenommen haben. (Peet ist Herausgeber der Propaganda-Wochenschrift „German Report", die jeder insel-englischen Zeitungsredaktion kostenlos übersandt wird.)

Den Schulungsvorträgen im Klubhaus des Gewerkschaftsbundes über Politökonomie und „Diamat" (parteiamtliche Abkürzung für „Dialektischer Materialismus") kann sich aber niemand entziehen. Fernbleiben wird mit Entzug der laufenden kleinen Unterstützungen geahndet.

Nach Möglichkeit versucht jeder Deserteur, Arbeit aufzunehmen. Aber das Arbeitsamt vermittelt den Überläufern meistens nur unterbezahlte Aushilfestellen abseits der großen volkseigenen Betriebe. Offensichtlich traut man den Ausländern doch nicht über den Weg. Der geringen Einkünfte, der schlechten Lebensverhältnisse und des ewigen Mißtrauens wegen sind denn auch zahlreiche Westdeserteure aus Bautzen zurück-desertiert.

Mitunter half allerdings auch die Westberliner CIC-Dienststelle etwas nach. So schickte sie zum Beispiel im vergangenen August einen gewiegten Agenten nach Bautzen, um vier geflüchtete Dienstgrade der US Army dem Westen wiederzugewinnen. Trotz anfangs zugesicherter Straf-



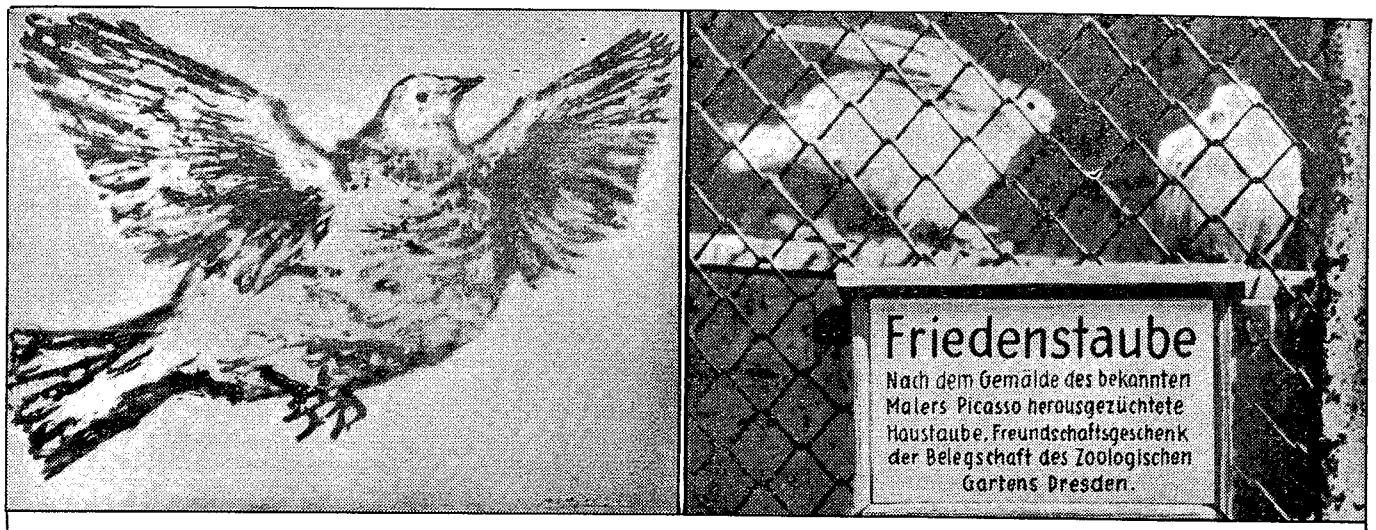
. . . führt durch die Friedrichstraße
Eisensäge ins Gefängnis: **Barfrau Ingrid**

freiheit wurde allen vieren der Prozeß wegen Fahnenflucht und Beihilfe zur Spionage gemacht.

Der ebenfalls reumütig aus Bautzen zurückgekehrte Korea-Krieger Robert D. Blevens bekam sogar acht Jahre Gefängnis. Auch seine Braut Ingrid Jonek, die mit ihm alle Folgen der Desertion geteilt hatte, folgte ihm in die Haft nach.

Sie mußte fünf Monate absitzen, weil sie ihrem Geliebten heimlich ein Eisen-

* Genaue Belegung am 10. März 1954: Zehn Briten, fünf Franzosen (darunter ein Marokkaner) und fünf Amerikaner.



DEN POLITISCHEN VERHÄLTNISSEN

in der Sowjetzone verdanken einige besonders gewachsene Haus-Tauben im Zoologischen Garten Halle an der Saale ihre Existenz. Dem ideologisch getrimmten Züchter dieser neuen Vögel diente die sogenannte Friedenstaube von Picasso (l.) als Vorbild, die als exzentrisches und daher wenig zugkräftiges Symbol der kommunistisch inspirierten Weltfriedensbewegung ständiges Motiv für alle Maler und Drucker von östlicher Propaganda ist und bisher über kein lebendes Vorbild verfügte.

sägeblatt zugeschmuggelt hatte, mit dem Bob sich den Weg in die Freiheit sägte. Er wurde aber bald wieder von der MP aufgepickt. Seine Haftverschärfung wurde allen US-Einheiten in Westberlin zur Warnung bekanntgegeben.

Jetzt fahnden westliche Abwehrstellen noch in den einschlägigen Verkehrslokalen der Besatzungssoldaten nach zwanzig Mädchen, von denen die Abwehrspezis hartnäckig behaupten, sie seien als Schlepperinnen des SSD bekannt und eigens dazu engagiert, labile westalliierte Soldaten zur Desertion zu verleiten.

ZÜNDHÖLZER

Der Fiskus hat die Vorhand

Am 13. April um 13 Uhr drückte die Geschäftsstelle des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe ihren Eingangsstempel unter eine Verfassungsbeschwerde, die einem der am straffsten organisierten deutschen Kartelle den Garaus machen will: dem deutschen Zündwarenmonopol, das im kommenden Jahr sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum feiern soll.

Absender der Beschwerde ist der süddeutsche Fabrikant Helmut Tielbörger, der nicht dem Ring der Monopolfabriken angehört. Der Außenseiter Tielbörger will sich nicht damit abfinden, daß ihm die Oberfinanzdirektion Stuttgart im vergangenen Sommer die Herstellung von Wachszündern untersagte. Über eine Million Mark hatte Tielbörger vorher mit Reemtsma-Hilfe in seinen Betrieb investiert, ehe er im Februar 1953 die Produktion seiner „Juno"-Wachszünder* ankurbelte und davon in wenigen Monaten 2,2 Millionen Schachteln auf den westdeutschen Markt warf. Tielbörger konnte nicht mit der Nachfrage Schritt halten: Die Zünder brannten leicht und stetig und brachen nicht ab, und die Schachteln waren kleiner und handlicher als die sonst üblichen.

In schöner Eintracht bewiesen jedoch die Zündholzfabrikanten und Bonns Finanzministerium gegenüber der neuen Konkurrenz eine unheimlich feine Witterung. Auf Schäffers Veranlassung plombierte die Stuttgarter Oberfinanzdirektion am 15. August 1953 Tielbörgers Maschinen. Sie berief sich dabei auf das Zündwaren-Monopolgesetz vom 29 Januar 1930, in dessen Paragraphen 1 es heißt:

- „Das Zündwarenmonopol steht dem Reiche zu."

Nach diesem Gesetz bestimmt allein die staatlich kontrollierte deutsche Zündwaren-Monopolgesellschaft in Frankfurt am Main, wo und in welchen Mengen Zündhölzer hergestellt werden. Sie setzt für die 21 Zündholzfabriken der Bundesrepublik bis zu sechs Monate im voraus die Produktion fest und verteilt die Herstellungsquoten auf den Kreis der zugelassenen Betriebe. Die Preise stehen fest, der Handel ist monopolisiert, neue Fabriken dürfen nicht errichtet werden, und ein zusätzliches Im- und Exportmonopol schirmt den deutschen Markt gegen jede ausländische Konkurrenz ab. Ganze zwei Schachteln dürfen im kleinen Grenzverkehr außerhalb des Monopols steuerfrei eingeführt werden.

Dieses wettbewerbsfeindliche Monopol steht wie ein fremdartiges Gewächs in Ludwig Erhards marktwirtschaftlicher Plantage. Aber das Gewächs hat jahrzehntealte feste Wurzeln.

Als die schwedischen Gebrüder Johan Edvard und Carl Frans Lundström im vorigen Jahrhundert in dem Städtchen Jönköping am Vättersee die ersten „Sicherheitsstreichhölzer", also Zündhölzer ohne den gefährlichen Phosphor, herstellten, fanden sie in aller Welt sofort nachahmende Konkurrenten. Allein in Schweden wurden innerhalb eines Jahres 150 neue Streichholzfabriken errichtet. Auch in Deutschland begannen in kurzer Folge so

* Statt aus Holz bestehen die Stäbe dieser Zündhölzer aus wachsgetränktem Papier.



Das Geburtstagskind der Woche JOACHIM RAFF, geb. 27. Mai 1822, Schweizer Komponist.

Wer hat morgen Geburtstag?

Oder war es ein Namenstag, ein Jubiläum, ein Hochzeitstag, den Sie nicht vergessen wollten. Wenn Sie etwas schenken – eine Flasche Sekt kommt immer richtig.

Sektliebhaber wissen SÖHNLEIN zu schätzen, den Sekt aus Weinen berühmter deutscher Weinlagen. Ergibt sich aber ein besonderer Anlaß, um repräsentativ zu schenken, dann wählen Sie eine SÖHNLEIN-Magnum, die gewichtige Doppelflasche.



SÖHNLEIN
DER SEKT FÜR'S HERZ